

# Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 74

24. August

1915

## Bekanntmachung

über das Inkrafttreten von Vorschriften der Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 363) über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915. Vom 13. August 1915.

Auf Grund von § 70, Abs. 1, Satz 2 der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 363) bestimme ich:

Die Vorschriften der §§ 42 bis 61 der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 363) treten am 15. August 1915 in Kraft.

Berlin, den 13. August 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,  
Delbrück.

## Bekanntmachung

betreffend die Einschränkung der Arbeitszeit in Spinnereien, Webereien und Wirkereien. Vom 12. August 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. In gewerblichen Betrieben, in denen Gespinste, Gewebe, Wirkstoffe oder Wirkwaren aus Baumwolle, Wolle, Kunstwolle, Flachs, Jute oder Hanf hergestellt werden, dürfen Arbeiter nur an höchstens 5 Tagen in jeder Woche beschäftigt werden. Die tägliche Arbeitszeit darf nicht über die im Juni 1915 üblich gewesene durchschnittliche Dauer verlängert werden. In keinem Falle darf sie 10 Stunden einschließlich der Pausen überschreiten.

Die Landeszentralbehörden sind ermächtigt, eine weitergehende Beschränkung der Arbeitslage und der täglichen Arbeitszeit anzuordnen.

§ 2. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können auf Antrag Ausnahmen, die im öffentlichen Interesse notwendig sind, zulassen.

§ 3. Mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten werden Gewerbetreibende bestraft, die den Vorschriften dieser Verordnung oder den auf Grund des § 1 Abs. 2 erlassenen Anordnungen der Landeszentralbehörden zuwiderhandeln.

§ 4. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Berlin, den 12. August 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,  
Delbrück.

## Bekanntmachung

§ 1. Als Behörden, die auf Antrag im öffentlichen Interesse notwendige Ausnahmen von der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 12. August 1915, die Einschränkung der Arbeitszeit in Spinnereien, Webereien und Wirkereien betr., zulassen können, werden die Großh. Kreisämter bestimmt. Vor der Zulassung ist die Großh. Gewerbeinspektion zu hören.

Darmstadt, den 16. August 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern,  
v. Hombergf.

Krämer.

## Bekanntmachung

über das Inkrafttreten von Vorschriften der Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 363) über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915. Vom 13. August 1915.

Auf Grund von § 70, Abs. 1, Satz 2 der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 363) bestimme ich:

Die Vorschriften der §§ 42 bis 61 der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 363) treten am 15. August 1915 in Kraft.

Berlin, den 13. August 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,  
Delbrück.

## Bekanntmachung

Betr.: Kleinverkauf von Verbrauchszucker.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 3. d. Mts., abgedruckt im Kreisblatt Nr. 69 vom 6. d. Mts., bringen wir

die nachstehende Bekanntmachung des Reichskanzlers in obigem Betreff vom 7. August d. Js. hiermit zur öffentlichen Kenntnis. Gießen, den 21. August 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Ulfinger.

## Bekanntmachung

wegen Änderung der Bekanntmachung über den Kleinverkauf von Verbrauchszucker vom 27. Juli 1915. (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 336.)

Im zweiten Absatz der Bekanntmachung über den Kleinverkauf von Verbrauchszucker sind in Zeile 2 und 5/6 die Worte „13 Kilogramm“ zu ersetzen durch

„15 Kilogramm“.

Berlin, den 7. August 1915.

Der Reichskanzler.  
Im Auftrage: Haug.

## Bekanntmachung

Betr.: Die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften.

Bei dem königlichen Stellvertretenden Generalkommando des XVIII. Armeekorps gehen in letzter Zeit wieder Anträge und Eingaben in Familienunterstützungssachen in größerer Zahl ein. Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß derartige Eingaben zwecklos sind, weil das Generalkommando für die Entscheidung von Anträgen auf die gefühlte Familienunterstützung nicht zuständig ist und auch keine Berufungsstelle bildet.

Gießen, den 20. August 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B. Hechler.

Betr.: Reichsbeihilfe auf dem Gebiet der Kriegswohlfahrtspflege.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Diejenigen von Ihnen, welche noch mit der Vorlage der Berichte für Monat August in obiger Sache im Rückstande sind, werden an die Einreichung derselben, mit Frist von fünf Tagen angefordert.

Gießen, den 23. August 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B. Hechler.

## Bekanntmachung

Betr.: Schulprüfung der Aspiranten und Aspirantinnen des Schulamts im Herbst 1915.

An die Schulvorstände des Kreises.

Die 1. diesjährige Schulprüfung für Aspiranten und Aspirantinnen des Schulamts beginnt am 1. November l. Js., vormittags 8 Uhr zu Darmstadt. Meldungen zu dieser Prüfung sind mit 1.50 Mark Stempel versehen bis spätestens 15. September 1915 bei uns einzureichen. Diejenigen Prüflinge, denen keine besondere Nachricht zugeht, haben sich am 1. November 1915 zur Prüfung einzufinden.

Sie wollen den in Betracht kommenden Schulverwaltern und Schulverwalterinnen von Vorliegendem Kenntnis geben. Gießen, den 17. August 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B. Hechler.

Betr.: Die Verteilung von Tischkalendern an die Schulanjugend 1915.

An die Schulvorstände des Kreises.

Diejenigen von Ihnen, welche noch mit der Erledigung unserer Verfügung vom 9. Juli 1915 im Rückstande sind, werden hiermit mit Frist von acht Tagen zum Bericht aufgefordert.

Gießen, den 23. August 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B. Hechler.

## Bekanntmachung

Betr.: Den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Wölfersheim und Rodheim (Kreis Friedberg).

In den Gemeinden Wölfersheim und Rodheim (Kreis Friedberg) ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Gießen, den 23. August 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B. Hemmerde.

Dienstnachrichten des Großh. Kreisamts Gießen.

Der Vertrieb der Lose der 1. Klasse der 7. Preussisch-Sächsischen (233. Königlich Preussischen) Klassenlotterie beginnt am 3. Dezember dieses Jahres und die Ziehung der 1. Klasse dieser Lotterie findet am 11. und 12. Januar 1916 statt.

Seichte Temperatur am 22. bis 23. Aug. 1915 = + 19,2° C.  
Niedrigste 22. „ 23. „ 1915 = + 8,0° C.

ichern, daß ein baldiger Krieg mit Deutschland gewiß, ja unvermeidlich sei. Auch Wichan dachte so. Auch die zweibeutige Haltung Deutschlands dazu wesentlich beigetragen.

Baron Beyens sagte dann das Folgende zu erzählen: „In einem mittelmäßigen Moment hat mit der französischen Vorherrschaft in Berlin nicht verkehrt, wie schwer es ist, auf die hochbegabten, aber unheimlichen Politiker, die das mit Frankreich verbündete

Rheinfachsch  
Technikum Bingen  
Maschinenbau, Elektrotechnik,  
Automobilbau, Brückenbau.  
Direktion: Professor Hoope.  
Chausseekurse.



### Bekanntmachung.

Betr.: Fesdbereinigungen Holzheim.

In der Zeit vom 1. bis einschließlich 14. September 1915 liegt verlags auf Großh. Bürgermeisterei Holzheim das Projekt über Ausführung der Drainagen in den Fluren 3, 9 und 11 nebst dem dazugehörigen Beschluß der Vollzugskommission vom 10. August 1915 zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einsendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschlusses während der Offenlegung bei Großh. Bürgermeisterei Holzheim mit Gründen versehen schriftlich einzureichen.

Friedberg, den 10. August 1915.

Der Großherzogliche Festbereinigungskommissär:

Schnittspahn, Regierungsrat.

### Bekanntmachung.

Betr.: Die Abgabe der Steuererklärungen für das Steuerjahr 1916.

#### A. Staatssteuer-Veranlagung.

Nach Artikel 20 des Einkommensteuergesetzes vom 12. August 1899 hat jeder Steuerpflichtige, der ein steuerbares Jahreseinkommen von 2600 Mark oder mehr besitzt, über den Jahresbetrag seines Einkommens und der etwa zum Abzug geeigneten Lasten eine schriftliche Erklärung abzugeben.

Von der Abgabe dieser Einkommenssteuererklärung ist nach Art. 21 des genannten Gesetzes, insofern nicht im einzelnen Fall besondere Aufforderung des Vorstehenden der Veranlagungskommission ergeht, derjenige Steuerpflichtige befreit, welcher im unmittelbar vorausgegangenen Steuerjahr bereits zur Einkommensteuer I. Abteilung (Einkommen von 2600 Mk. und mehr) veranlagt war, auch inzwischen seinen Wohnsitz nicht gewechselt und keine Einkommensverbesserung erfahren hat, die seine Veranlagung in eine höhere Klasse bedingt.

Nach Art. 2 Abs. 3, Art. 15 und 21 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes sind die Vorstände der nach Art. 2 der Einkommensteuer unterworfenen Gesellschaften usw. verpflichtet, über deren Einkommen alljährlich vollständigen Aufschluß zu erteilen.

Dieserjenige Steuerpflichtigen, welche Einkommen aus Aktien usw. der unterstehenden, mit einem Teil ihres Einkommens schon für sich der Einkommensteuer in dessen unterliegenden Gesellschaften beziehen, dürfen die Einkommensbeträge aus diesen Aktien usw. nicht mit dem vollen Betrag, mit dem sie als Einkommen unter I. Ord. Nr. 9 der Steuererklärung aufzuführen sind, sondern nur mit den nach den unten bezeichneten Prozentsätzen zu berechnenden Beträgen unter II. Ord. Nr. 1 der Erklärung in Abzug bringen.

Nach Artikel 19 des Vermögenssteuergesetzes vom 12. August 1899 hat jeder von der Kommission für die Einkommensteuer erster Abteilung zu veranlagende, ein jährliches Einkommen von 2600 Mk. und mehr besitzende Betriebsunternehmer (Personen, die Land- und Forstwirtschaft oder ein Gewerbe betreiben), der zum ersten Male mit Anlage- und Betriebskapital zur Vermögenssteuer veranlagt wird, eine schriftliche Erklärung über das im Land- und forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Unternehmen verwendete Anlage- und Betriebskapital und die es belastenden Schulden abzugeben.

Weiter ist nach Artikel 25 desselben Gesetzes jeder, dessen sonstiges Vermögen (Kapitalvermögen usw.) nach Abzug der darauf lastenden Schulden einen Wert von 3000 Mk. und mehr hat, bei seiner erstmaligen Veranlagung zur Vermögenssteuer zur Abgabe einer schriftlichen Erklärung über dieses Vermögen verpflichtet.

#### B. Gemeindesteuer-Veranlagung.

Nach Art. 15 des Gemeindeumlagegesetzes vom 8. Juli 1911 sind diejenigen Personen, deren Anlage- und Betriebskapital mindestens 3000 Mk. beträgt, verpflichtet, bei ihrer erstmaligen Veranlagung zur Gemeindegewerbesteuer eine Erklärung über das Anlage- und Betriebskapital abzugeben.

Ferner hat zufolge Art. 44 jeder Pächter, dessen Kapitalvermögen mindestens 3000 Mk. beträgt, bei seiner erstmaligen Veranlagung zur Gemeindekapitalsteuer eine Erklärung über sein Kapitalvermögen einzureichen. Hat sich das Kapitalvermögen gegen den bereits zur Steuer veranlagten Betrag um mehr als 3000 Mk. erhöht, so ist von dem Pächter eine neue Erklärung über sein Kapitalvermögen abzugeben.

Dieserjenige Steuerpflichtigen, welche Aktien oder Geschäftsanteile jeder Art der unterstehenden, mit einem Teil ihres Anlage- und Betriebskapitals in hessischen Gemeinden zur Gewerbesteuer veranlagten Gesellschaften usw. besitzen, dürfen diese Aktien oder Geschäftsanteile nicht mit dem vollen Betrag, mit dem sie als Vermögen unter Ziff. 4 der Angaben über das Kapitalvermögen aufzuführen sind, sondern nur mit den nach den unten angegebenen Prozentsätzen zu berechnenden Beträgen wieder in Abzug bringen.

In denjenigen Fällen, in denen bereits nach den für die Staatssteuer geltenden Grundätzen die Pflicht zur Abgabe einer Erklärung über das Anlage- und Betriebskapital oder über das Kapitalvermögen besteht, ist eine besondere Erklärung für die Veranlagung desselben Vermögens zu den Gemeindeumlagen nicht mehr abzugeben.

Soweit Einkommen zu den Gemeindeumlagen, nicht aber gleichzeitig zur Staatssteuer heranzuziehen ist, gelten die Vorschriften

für die Abgabe von Erklärungen zur Staatssteuer sinngemäß für Erklärungen über nur gemeindesteuerpflichtiges Einkommen.

#### C. Gemeinsame Vorschriften.

Die nach Vorstehendem erforderlichen Staats- oder Gemeindesteuererklärungen sind abzugeben:

1. für Minderjährige, Abwesende sowie für Personen, die aus anderen Gründen unter Vormundschaft oder Pflegschaft gestellt sind, von deren gesetzlichen Vertretern;
2. für juristische Personen (Gemeinden, Körperschaften, Stiftungen, Anstalten), ferner für Gesellschaften, Genossenschaften und sonstige juristische Personen, Gantmassen, Erbmassen, soweit eine Steuerpflicht hier überhaupt in Betracht kommt, von den gesetzlichen oder bestellten Vorständen oder Verwaltungen;
3. in allen anderen Fällen von dem Steuerpflichtigen selbst und zwar hinsichtlich des gesamten eigenen wie des Einkommens und Vermögens seiner nicht selbständig besteuerten Angehörigen, soweit sie nach Artikel 5 des Einkommensteuergesetzes, Artikel 10 des Vermögenssteuergesetzes und Artikel 46 des Gemeindeumlagegesetzes bei der Besteuerung mit ihm als eine Person anzusehen sind.

Zu diesen Erklärungen sind die vom Großh. Ministerium der Finanzen festgestellten und von den Bürgermeistereien zu beziehenden Formulare zu verwenden; sie sind je nach der Wahl des Verpflichteten offen oder verschlossen.

1. in den Landgemeinden der Finanzämter Buchbach, Gießen, Grünberg und Hungen spätestens bis 15. September,
2. in den Städten Buchbach, Gießen und Grünberg spätestens bis zum 1. Oktober d. Js.,

unmittelbar bei dem Finanzamt oder bei der — zur Weitergabe an das Finanzamt verpflichteten — Bürgermeisterei abzugeben, ohne daß der Pflichtige deshalb eine besondere Anforderung abzuwarten hätte.

Die Einsendung der Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs.

Unter Bezugnahme auf die obigen Mitteilungen fordern wir die zur Abgabe von Steuererklärungen Verpflichteten hiermit auf, ihre Erklärungen bei Meldung der gesetzlichen Nachteile und der verwirkten Strafen (Sinterziehungsstrafen in Höhe des 4 bis 20fachen Betrags der hinterzogenen Steuer, Ordnungsstrafen bis zu 100 Mark) bis zu den angegebenen Zeitpunkten an die Bürgermeistereien oder unmittelbar an uns gelangen zu lassen.

Den Steuerpflichtigen, die nicht zur Abgabe von Steuererklärungen verpflichtet sind, bleibt die Abgabe freiwilliger Steuererklärungen unbenommen.

Die Großh. Finanzämter sind im übrigen bereit, über etwaige Zweifel an den bekannten Umständen Auskunft zu erteilen.

Gießen, Buchbach, Grünberg, Hungen, den 16. August 1915.

Die Vorstehenden der Veranlagungskommissionen für die Finanzämter

Gießen, Buchbach, Grünberg, Hungen,  
J. B. Verres, Rath. J. B. Verres, Rath.

#### Verzeichnis

der in Hessen mit einem Teil ihrer Ueberschüsse zur Einkommensteuer und mit einem Teil ihres Anlage- und Betriebskapitals zur Gewerbesteuer veranlagten Gesellschaften usw.

	%) <sup>1)</sup>	%) <sup>2)</sup>
Allgemeine Deutsche Kleinbahn-Aktiengesellschaft in Berlin	0,6	1,3
Allgemeine Elsassische Bankgesellschaft in Straßburg	7,46	5,16
Allgemeine Versicherungsgesellschaft für See-, Fluß- und Landtransport in Dresden	0,69	1,54
Badische Assekurationsgesellschaft in Mannheim	1,50	1,36
Badische Feuerversicherungsbank Karlsruhe	1,31	1,52
Bank für Handel und Industrie in Darmstadt	7,4	7,27
Baseler Versicherungsgesellschaft gegen Feuerschaden in Basel	1,17	1,20
Bayerische Elektrizitätswerke Mannheim	—	1,8
Berlinische Feuerversicherungsanstalt in Berlin	1,17	1,20
Bindung'sche Brauereigesellschaft in Frankfurt a. M.	3,269	0,853
Elektrowerk Bensheim, G. m. b. H. in Frankfurt am Main	45	21,48
Bonner Bergwerks- und Hüttenverein-Zementfabrik in Oberkassel bei Bonn	12,90	1,8
Brauerei Stern, A.-G. in Frankfurt-Oberrod	2,5	3,5

<sup>1)</sup> Die Ueberschüsse unterliegen der Einkommensteuer mit den in dieser Rubrik angegebenen Prozentsätzen. (Die Dividende ist also bei dem Einkommen des Besitzers abzugsfähig mit den gleichen Prozentsätzen.)

<sup>2)</sup> Das Anlage- und Betriebskapital ist in Gemeinden des Großherzogtums zur Gewerbesteuer herangezogen mit den in dieser Rubrik angegebenen Prozentsätzen. (Der Geschäftsanteil ist also an dem Kapitalvermögen des Besitzers abzugsfähig mit den gleichen Prozentsätzen.)



	%	%
Süderische Eisenwerke in Weimar	16,3	12,1
Chemische Fabrik Griesheim, Elektro-M. G. zu Frankfurt a. M.	22,5	36,1
Chemische Werke, vorm. H. u. E. Albert, M. G. zu Mainz-Kastel	50,19	21,48
Glück, Aktienbrauerei Heilbronn	—	1,1
Eölnische Glasversicherungsaktiengesellschaft in Eöln	1,16	1,04
Eölnische Lebensversicherungsgesellschaft „Concordia“, Eöln	1,6	1,05
Dampfschiffahrtsgesellschaft für den Nieder- und Mittelrhein zu Düsseldorf	27,11	19,02
Deutsche Kunstleder-M. G. in Kötig	3,1	3,3
Deutsche Vereinsbank zu Frankfurt a. M.	5,0	5,4
Distontogesellschaft zu Berlin	1,736	0,79
Dyckerhoff und Söhne G. m. b. H. Portland-Zementwerke in Mainz-Kastel	90,11	90,11
Filter- und brautechnische Maschinenfabrik vorm. A. M. Göttinger, Worms	79,23	49,88
Frankfurter Lokalbahn-M. G. zu Frankfurt a. M.	20,3	5,8
Frankfurter Vorort-Eisenbahngesellschaft M. G.	90,0	90,0
„Friedrich Wilhelm“ Preussische Lebens- und Garantieversicherung M. G. Berlin	1,12	1,33
Goldschmidt F. H. M. G.	68,67	40,82
Harloss, Adolf, G. m. b. H., Kassel, Kohlenhandlung und Expedition in GutsMuthsburg	14,74	2,44
Harpener Bergbauaktiengesellschaft in GutsMuthsburg	0,25	0,17
Hedderheimer Kupferwerke und Süddeutsche Kesselwerke, M. G., in GutsMuthsburg	12,11	4,90
Hessische Kunstmühle M. G. in Mannheim	36,69	50,38
Hofbrauerei Schöfferhof und Frankfurter Bürgerbrauerei	43,25	11,78
Hofbrauhaus Hanau vorm. G. H. Nicolay M. G. zu Hanau	3,1	0,43
Kaisers Kaffeegeschäft Bieren	1,49	0,75
Kempffsche Brauerei M. G. Frankfurt a. M.	1,2	0,21
Kunstlederfabriken Carl Bodhader, G. m. b. H., in GutsMuthsburg	7,6	8,4
Landgräfl. Hess. KonzeSSIONierte Landesbank, M. G., zu Gomburg v. d. S.	18,05	1,73
Mainzer Aktienbrauerei	92,283	96,35
Mannheim-Bremer Petroleum-Aktien-Gesellschaft zu Mannheim	2,40	4,16
Maschinenfabrik Augsburg — Nürnberg M. G.	26,48	24,82
Mitteldeutsche Hartsteinindustrie M. G. zu Frankfurt a. M.	29,86	39,87
Mitteldeutsche Kreditbank	6,4	4,4
Niederländische Dampfschiff-Miedererei Rotterdam	11,95	10,69
Oberheinische Eisenbahngesellschaft in Mannheim	4,44	2,58
Odenwälder Hartstein-Industrie M. G.	99	60,6
Oelfabrik Groß-Gerau-Bremen M. G.	19,23	12,32
„Oler“, Petroleum-Gesellschaft m. b. H. Berlin	4,86	4,18
Plätsche Bank, Ludwigshafen	5,78	4,14
Portland-Zementwerke Heidelberg und Mannheim M. G. zu Weissenau	29,22	31,34
Preussisch-Rheinische Dampfschiffahrtsgesellschaft zu Köln	14,26	17,96
Providentia, Frankfurter Versicherungsgesellschaft	6,03	7,87
Rheinische Petroleum-Aktien-Gesellschaft, Köln	9,83	6,55
Zweigniederlassung Mainz	—	17,2
Rheinische Portland-Zementwerke, Köln	6,30	7,21
Rheinische Schuldengesellschaft M. G.	19,01	19,76
Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft zu Köln, Filiale Mainz	1,64	7,67
„Rhenus“, Transportgesellschaft m. b. H.	—	9,8
Röderbergbrauerei M. G. zu Frankfurt a. M.	1,52	1,95
„Salamander“, G. m. b. H., in Berlin	90,3	100
Schaffhaedt, H., G. m. b. H., Gießen	34,1	35,8
Scheidtman und Giesing zu Duisburg-Wannheimerort	1,18	1,30
Schlesische Feuerversicherungsgesellschaft in Berlin	96,2	96,2
Schrammische Lack- und Farbenfabriken vorm. Christoph Schramm M. G. zu Offenbach	28,63	58,6
Justus Sichel & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien	66,4	55,0
Spieß Joh. & Co., G. m. b. H., Gießen	55,0	55,0
Stadlermann, Friedrich, G. m. b. H., Offenbach am Main	12,93	17,59
Stahl und Rölke, M. G. für Zuckerwarenfabrikation in Kottbus	2,734	0,159
Stellawerk, M. G., vorm. Willich & Co., Domburg a. Rh.	78,33	74,0
Strauß, David jr., G. m. b. H., Zigarrenfabrik, zu Klein-Steinheim	1,67	0,93
Süddeutsche Distontogesellschaft, M. G.	10,1	15
Süddeutsche Eisenbahngesellschaft		

	%	%
Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft zu Mainz	48,44	
Tietz, Leonhard, M. G., in Köln	7,56	8,39
Veithwerke, M. G., in Sandbach	88,4	100
Verein chemischer Fabriken zu Mannheim	8,46	16,38
Verein für chem. Industrie zu Mainz-Mombach	29,05	26,43
Vereinigte Kapselabriken Nadenheim-Bayerbach Nachf., M. G. in Nadenheim	56,25	73,59
Vereinigte Kunstseidenfabriken, M. G. in Frankfurt a. M.	—	50,264
Vereinigte Malzfabriken, G. m. b. H., Worms	27,98	34,88
Vereinigte Spediteure und Schiffer, Rhein-Schiffahrtsgesellschaft m. b. H. zu Mannheim	11,635	9,41
Vereinigte Strohhof-Fabriken in Dresden	36,54	36,21
Vereinigte Ultramarinfabriken, M. G., vorm. Leberus, Kettner und Konf. in Köln	8,78	5,42
„Vittoria“, Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin	1,737	1,72
Württembergische Transportversicherungsgesellschaft in Heilbronn	1,64	1,78
Zimmer, Georg Karl, Chemische Fabriken, G. m. b. H., Kassel-Emmehausen	33,33	8,52
Zuckerfabrik Frankenthal	10,29	3,68

Verf.: Zustellung der Gemeindesteuerzettel.

### An die Groh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir beauftragen Sie, dafür Sorge zu tragen, daß die Gemeindesteuerzettel alsbald nach Empfang den Steuerpflichtigen insbesondere auch den Ausmärkern zugestellt werden.

Der Groh. Bürgermeister hat den mit der Zustellung zu beauftragenden Gemeindebeamten schriftlichen Auftrag zu erteilen, innerhalb welcher Frist die Zustellung der Zettel zu bewirken ist. Der Vollzug dieses Auftrags ist von den betreffenden Gemeindebeamten schriftlich zu bescheinigen. Da an die Zustellung der Anforderung unter Umständen bestimmte Folgen geknüpft werden (s. B. Berechnung der Frist für Steuerrückstände bei Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen; siehe hierzu auch die Anmerkung 3 zu Art. 39 L. G. D. in der amtlichen Handausgabe, und § 4 Ziff. 2 des Wohnbeschlagnahmegegesetzes) ist es wichtig, wenn der Tag der Zustellung bekannt ist. Die Zustellung sämtlicher Steuerzettel kann in größeren Gemeinden kaum an einem Tag erfolgen. Der Bürgermeister hat deshalb unter Berücksichtigung der einschlägigen Verhältnisse den Tag, an dem die sämtlichen Steuerzettel als zugestellt zu gelten haben, alljährlich nach erfolgter Zustellung der Steuerzettel festzusetzen und auf ortsübliche Weise zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Sie wollen das hiernach Erforderliche sofort veranlassen und demnächst berichten, an welchem Tag die Zustellung stattgefunden hat.

Die Namen der Steuerpflichtigen, denen die Zettel nicht zugestellt werden konnten, sind von den mit der Zustellung beauftragten Gemeindebeamten in ein Verzeichnis aufzunehmen, das von dem Bürgermeister dem Gemeindevorstand zur Weiterverfolgung sofort zu übergeben ist.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß die Steuererhebungen nicht mehr offen gelegt werden. Die Rechtsmittel gegen die Veranlagung sind vielmehr die gleichen wie gegen die Veranlagung zu Staatssteuern.

Gießen, den 20. August 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen,  
Dr. Ufinger.

### Märkte.

Gießen, 24. Aug. Marktwert. Auf dem heutigen Wochenmarkte kostete: Butter das Pfd. 1,65—1,70, Pflanzener das St. 15—20 Pfg., 2 Stück 00 Pfennig; Enteneier 1 Stück 0 Pfennig, 2 St. 00 Pfg.; Gänsefeder 1 St. 0—0 Pfg., 2 St. 00 Pfg.; Käse das Stück 7—8 Pfg., Käseplatte 2 Stück 6—0 Pfg.; Tauben das Paar 1,20—1,30 Mk., Pflanzener das Stück 2,20—2,50 Mk., Dahlen das Stück 1,50—0,00 Mk., Enten das Stück 2,50—3,00 Mk., Welsche 4—5 Mk.; Ochsenfleisch das Pfd. 1,12—1,18, Rindfleisch das Pfd. 1,12—1,16 Pfg., Rindfleisch 96—00 Pfg., Schweinefleisch das Pfd. 1,60—1,70 Mk., Kalbfleisch das Pfd. 1,00—00 Pfg., Hammelfleisch das Pfd. 96—110 Pfg.; Kartoffeln 100 Kilo 10 bis 11 Mk., Milch das Liter 24 Pfg.; Nessel das Pfd. 10—20 Pfg.; Nüsse 100 Stück 60 Pfg.; Gurken große 10—25, kleine 3—5 Pfennig. Wollen 12—18 Pfg. das Pfd.; Erbsen das Pfd. 35—40 Pfg.; Wirsing 10—20 Pfg., Gelberüben 8—10 Pfg. das Päckchen, Kopfsalat 7 bis 12 Pfg., Birnen 10—15 Pfg. das Pfd., Pflaumen 15—25 Pfg. das Pfd., Mirabellen 35—40 Pfg. das Pfd.; Weizen 15 bis 30 Pfg. das Stück, Spina 20 bis 25 Pfg. das Pfd.; Zwiebeln der Feinere 20—25 Mk.; Rostkraut 15—30 Pfg. das Stück. — Marktzelt von 7 bis 1 Uhr.

**Kuverts mit Firma** liefert billig  
Brühl'sche Universitäts-Druckerei. R. Lange, Gießen